

Irrwege

Die im Rahmen der Klimaschutzwoche im Rathaus präsentierte Ausstellung „Irrweg Pestizide“ erregt weiter die Gemüter. Nachdem am Eröffnungstag sowie in diversen Presseberichten zahlreiche Landwirte gegen die Ausstellung protestiert hatten, legte (trat) Ratsmitglied und Landwirt Bernd Aundrup (CDU) in der vergangenen Ratssitzung noch einmal nach und beklagte den seiner Meinung nach einseitigen Inhalt und die Diffamierung seines Berufsstandes (der Ausstellung und die Auswahl von Ort und Zeitpunkt.)

Bürgermeister Täger, der hier (so) persönlich angegriffen wurde, entschuldigte sich bei den Landwirten. Dazu gab die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen nun eine Pressemeldung heraus, in der sie eine Notwendigkeit der freien Meinungsäußerung bekräftigt und die Entschuldigung des Bürgermeisters hinterfragt. Fraktionsmitglied Dr. Evelyn Stauch verteidigt die Inhalte der Ausstellung, die vom NABU herausgegeben wurde: "Wenn man über Klimaschutz redet, muss man auch über die Ursachen des Klimawandels reden dürfen. Und wenn in Senden eine Klimaschutzwoche veranstaltet wird, dann muss man auch über die Ursachen reden dürfen, die ländlichen Umfeld relevant sind." Nichts anderes hat diese Ausstellung "Irrweg Pestizide" getan, über die sich die Landwirte so sehr aufregen. In dieser Ausstellung ist absolut nichts Diffamierendes gegen Landwirte zu finden. Die Ausstellung setzt sich mit den Auswirkungen von sogenannten Pflanzenschutzmitteln und Gentechnik auseinander und zeigt Alternativen auf. Von Diffamierung kann da keine Rede sein. Auch eine einseitige politische Färbung, die Bürgermeister Täger kritisiert, ist nirgends zu erkennen. Wir wünschen uns eine sachliche Auseinandersetzung mit den Inhalten der Ausstellung und nicht ein pauschale, unsachliche Verurteilung. Ganz ohne Zweifel bringt die Verschärfung der Düngemittelverordnung die Landwirte in zusätzliche Not. Diese Not kommt jedoch daher, dass die konventionelle, industrialisierte Landwirtschaft, die derzeitige Politik und der ruinöse Preiskampf der Konzerne die Landwirte dazu zwingt, immer mehr Ertrag aus der Fläche herauszupressen und diese Art des Wirtschaftens nicht nur die Natur kaputtmacht, sondern auch die Höfe. Sie führt zu einem Konzentrationsprozess, bei dem am Ende nur wenige große Betriebe überleben können, weil Gewinne nur noch mit immer größeren Mengen zu erzielen sind.(“) Der Ausweg aus diesem Hamsterrad könne nicht darin bestehen, gegen berechnete Verschärfungen der Düngemittelverordnung anzugehen und kritische Worte der Wissenschaft unterbinden zu wollen. Abhilfe schaffe hier nur eine Orientierung hin zu „Weniger ist Mehr“. Zahlreiche Landwirte hätten dies erkannt und sich auf ökologische Landwirtschaft umgestellt. Sie zeigten, dass das funktionieren könne, auch unter wirtschaftlichen Aspekten. „Dürfen im Rathaus in Zukunft nur noch Ausstellung gezeigt werden, die von allen Fraktionen genehmigt wurden?“, fragen die Grünen. Und: „Können die Landwirte auch nur einen Punkt der in der Ausstellung gezeigten Fakten widerlegen?“ (Das Wort Landwirtschaft bestehe aus zwei wesentlichen Teilen: Land und Wirtschaft. Das Land brauche die Pestizide nicht, wohl aber die Wirtschaft.) "Wir müssen uns (auch) bewusst sein, dass unsere Nahrungsmittel größtenteils mit Gift produziert werden.", so Fraktionsmitglied Helmut Hillringhaus. („Unter diesen Gesichtspunkten ist eine Entschuldigung des Bürgermeisters völlig überflüssig!“) Die Grünen seien dialogoffen und erkennen die Zwangslage vieler Landwirte an. Nicht die Landwirte selbst seien Ziel ihrer Kritik, sondern die seit Jahrzehnten festgefahrenen Strukturen der Landwirtschaft in Deutschland sowie die europäische Subventionspolitik im Agrarsektor (Europa und der Welt).